

Homophobie und Transfeindlichkeit in Bayern bekämpfen

- 1.1. Bayern ist das einzige Bundesland, das keinen „Aktionsplan gegen Homophobie und Transfeindlichkeit“ umgesetzt hat bzw. plant. Werden Sie dafür sorgen, dass Bayern in der kommenden Legislaturperiode einen entsprechenden Aktionsplan auf den Weg bringt? Wenn ja, wie wollen Sie dafür sorgen, dass Vereine und Organisationen aus der Community an der Erstellung beteiligt werden?

Zunächst fordern wir, dass die Ansprechpartner aus der Community endlich zu einem Fachgespräch in dem entsprechenden Ausschuss geladen werden. Zudem setzen wir FREIE WÄHLER setzen uns nach wie vor für einen vorurteilsfreien gesellschaftlichen Umgang ein. Ein Aktionsplan gegen Homophobie und Transfeindlichkeit wäre ein politisches Signal. In erster Linie müssen wir die Gesellschaft sensibilisieren und ein Bewusstsein schaffen, um noch bestehende Vorurteile gegen die LSBTI-Community abzubauen. Im Grunde kann und soll hier die Politik lediglich Rahmenbedingungen setzen.

- 1.2. Welchen weiteren Handlungsbedarf sehen Sie bei der Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt gegen LSBTI in Bayern?

Gewalt gegen und Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Sexualität gilt es strikt abzulehnen. In diesem Zusammenhang sind die bereits bestehenden Präventionsangebote angemessen zu fördern und gegebenenfalls auszubauen. Ferner sei auch in diesem Bereich die Sensibilisierung der Gesellschaft voranzutreiben.

2. Regenbogenkompetenz in Schule und Unterricht

- 2.1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Schulen die Vielfalt von Lebensweisen und Identitäten fächerübergreifend thematisieren? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Ziel verwirklichen?

Die fächerübergreifende Thematisierung der Vielfalt von Lebensweisen und Identitäten im Unterricht an Bayerns Schulen sehen wir FREIE WÄHLER als bedeutenden Teil einer umfassenden Persönlichkeitsbildung der jungen Menschen. Insbesondere in der Phase des Erwachsenwerdens nimmt die Integration auch von sexuellen Orientierungen in die Gesamtpersönlichkeit eine bedeutende Stellung ein. Hierfür notwendig ist unserer Ansicht nach die Sicherstellung einer entwicklungsförderlichen Lernumgebung, welche die Vielfalt von individuellen Lebensformen anerkennt und wertschätzt. Dies gelingt unter anderem auch durch die stärkere Vernetzung von schulischer Bildungsarbeit mit außerschulischen Kooperationspartnern, um externe Experten

einbeziehen zu können, sowie durch das gezielte Anknüpfen an die Themen, beispielsweise durch vertiefte Behandlung von entsprechenden Lektüretexten im Rahmen des Deutschunterrichts.

2.2. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit das Thema „Vielfalt von Lebensweisen und Identitäten“ Eingang in die pädagogische Aus- und Fortbildung von Lehrkräften findet?

Das Thema „Vielfalt von Lebensweisen und Identitäten“ wird bereits heute in den Erziehungswissenschaften und hier insbesondere in den Fachbereichen Pädagogik und Psychologie aufgegriffen und findet auch in Fortbildungsangeboten entsprechende Berücksichtigung. Gleichzeitig halten wir FREIE WÄHLER es für zielführend, Informationsmaterial sowie Handreichungen für diesen Themenschwerpunkt zu entwickeln und Lehrkräften damit Anknüpfungspunkte in ihren Unterrichtsfächern aufzuzeigen sowie sie über mögliche Kooperationspartner in der Bildungsarbeit zu informieren.

2.3. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass die „Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung in den bayerischen Schulen“ das Thema „Vielfalt von Lebensweisen und Identitäten“ stärker in den Fokus nehmen und auch in den Grundschulen Familienvielfalt als Querschnittsthema mitgedacht wird?

Grundsätzlich hätten wir FREIE WÄHLER uns gewünscht, dass das Thema „Vielfalt von Lebensweisen und Identitäten“ in den im vergangenen Jahr neu entwickelten Richtlinien stärkere Berücksichtigung gefunden hätte. Dass dies nicht erfolgt ist, hat unserer Ansicht nach insbesondere damit zu tun, dass äußerst diskussionswürdige Gruppierungen hier scheinbar erfolgreich in Gesprächen mit der Staatsregierung interveniert haben. Gleichzeitig möchten wir aber auch betonen, dass dennoch davon auszugehen ist, dass die äußerst engagierten Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen den Familien- und Sexualkundeunterricht bereits heute in einer vernünftigen und den jeweiligen Jahrgangsstufen angepassten Weise gestalten und hierbei auch die Vielfalt von Lebensweisen und Identitäten aufgreifen. So viel Vertrauen sollten wir den Lehrerinnen und Lehrern an dieser Stelle, trotz der sicherlich verbesserungswürdigen Richtlinien, entgegenbringen

3. Vielfalt und Respekt in allen Lebensaltern fördern

3.1. Wie wollen Sie sicherstellen, dass junge Menschen im Coming-out Unterstützung erhalten, die sie stärkt und auf den Weg der Persönlichkeitsfindung wertschätzend begleitet?

Jugendliche in ihrem Coming-out-Prozess befinden sich in einer besonders sensiblen Lebensphase. Wir sind der Ansicht, dass hierbei in erster Linie die Unterstützung durch den Freundeskreis und Familie entscheidend ist. Zudem braucht es eine entsprechende hoch qualitative und erfahrene Beratungs- und Betreuungsstruktur, welche auch ausgebaut werden muss. Auch die Arbeit der

ehrenamtlich Tätigen in diesem Bereich muss entsprechend gewürdigt werden, denn niemand kann besser helfen, als selbst Betroffene.

3.2. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, damit inter- und transgeschlechtliche sowie gender-non-konforme Menschen rechtssichere, verlässliche und akzeptierende Rahmenbedingungen in Bildungs- und Freizeiteinrichtungen vorfinden?

In erster Linie handelt sich hierbei um kein rechtliches Problem, da bereits eine Vielzahl an diesbezüglichen Regelungen existiert. Vielmehr muss auch hier ein Augenmerk auf die Sensibilisierung und Bewusstmachung gelegt werden, um noch bestehende Hürden peu à peu abzubauen.

3.3. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass sowohl die Angebote der offenen Altenhilfe als auch die ambulanten und stationären Angebote der Altenpflege LSBTI-inklusiv ausgestaltet werden? Welche Vorschläge haben Sie hierzu?

Es steht außer Frage, dass auch im Bereich der Altenpflege bzw. –Hilfe die Angebote für die Community der LSBTI inklusiv gestaltet werden müssen. Deshalb setzen wir FREIE WÄHLER uns auch weiterhin dafür ein, dass es zu keiner Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung kommen darf.

4. LSBTI-inklusive Flüchtlings- und Integrationspolitik umsetzen

4.1. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass LSBTI-Geflüchtete vor Gewalt außerhalb wie innerhalb von Unterkünften in Bayern geschützt werden?

Der Freistaat Bayern hat dafür Sorge zu tragen, dass kein Mensch aufgrund seiner Sexualität verfolgt wird und Gewalt ausgesetzt ist – ganz gleich ob in Asylunterkünften oder in der Öffentlichkeit. Grundsätzlich sind Schutzräume in den Asylunterkünften zu begrüßen, sollten diese jedoch aufgrund der baulichen Voraussetzungen nicht möglich sein, muss im Falle von Gewalt und Verfolgung in den Unterkünften eine schnelle Verlegung der Betroffenen in eine andere Unterkunft möglich sein. Angesichts der steigenden Zahl an Gewalttaten gegen Mitglieder der LSBTI-Community sind Aufklärungskampagnen nach wie vor von hoher Wichtigkeit.

4.2. Welche Maßnahmen planen Sie, um die Selbstorganisationen von LSBTI mit Migrationsgeschichte in Bayern zu fördern?

Wir FREIE WÄHLER unterstützen ausdrücklich die Selbstorganisation von Migranten in Bayern, so zählt beispielsweise AGABY zu den Experten schlechthin im Integrationsbereich. Eine weitergehende, landespolitische Unterstützung von Selbstorganisationen von LSBTI-Migranten wurde bis dato noch nicht in unserer Partei diskutiert.

5. Homophobe und transfeindliche Hassgewalt bekämpfen

5.1. Werden Sie sich dafür engagieren, dass Polizei- und Strafverfolgungsbehörden für das Thema „homophobe und transfeindliche Gewalt“ sensibilisiert werden und das Thema verbindlich in die Aus- und Fortbildung von Polizist*innen, Richter*innen und Staatsanwält*innen integriert wird? Wenn ja, welche konkreten Vorschläge haben Sie hierzu?

In allen Polizeipräsidien in Bayern stehen Beauftragte der Polizei für Kriminalitätsoffer und Ansprechpartner für alle potenziellen Gewaltopfer zur Verfügung, damit auch für transsexuell und homosexuell Orientierte. Die Beauftragten der Polizei für Kriminalitätsoffer bieten eine polizeiliche Opferberatung an und schlagen entsprechende Präventionsmaßnahmen vor. Der Themenkreis ist in den Aus- und Fortbildungsplänen der Polizei bereits enthalten. Im Rahmen der Ausbildung für die zweite Qualifikationsebene können Referenten aus dem Bereich des sogenannten Vereins lesbischer/homosexueller Polizeibediensteter in Bayern zur Verfügung gestellt werden, die anhand eigener Erfahrungen authentisch über das Thema informieren und die Anwärterinnen und Anwärter für den Polizeidienst für die Bedeutung des Themas sensibilisieren können. Dieses Konzept setzt sich im Studium für die dritte und vierte Qualifikationsebene fort. Dies halten wir FREIE WÄHLER für einen sehr effizienten Ansatz, der weiter ausgebaut werden sollte.

5.2. Beabsichtigen Sie sich dafür einzusetzen, dass in Bayern eine Studie in Auftrag gegeben wird, um empirische Daten über Ausmaß, Erscheinungsformen und Hintergründe sowie belastbare Erkenntnisse über den Umgang von Polizei und Justiz mit homophober und transfeindlicher Gewalt zu erlangen?

Um Diskriminierung von Opfern vorzubeugen ist es ein wichtiger Aspekt, dass die bayerischen Sicherheitsbehörden grundsätzlich und stets jegliche Art der politisch motivierten Kriminalität bekämpfen, mit allen rechtlich und tatsächlich möglichen präventiven und repressiven Maßnahmen. Spezielle Maßnahmen können auch zu einer Stigmatisierung der Betroffenen führen, was auf keinen Fall befördert werden sollte. Dennoch sollte in Zukunft erneut geprüft werden, wie die Arbeit der Polizei in diesem Bereich noch stärker sensibilisiert werden kann. Folglich ist es sicherlich sinnvoll in Bayern eine Studie in Auftrag zu geben, um empirische Daten über Ausmaß, Erscheinungsformen

und Hintergründe sowie belastbare Erkenntnisse über den Umgang von Polizei und Justiz mit homophober und transfeindlicher Gewalt zu erlangen.

5.3. Werden Sie sich in Ihrer Regierungsverantwortung dafür einsetzen, dass die polizeilichen Erfassungssysteme in Bayern reformiert werden, um LSBTI-feindliche Hasskriminalität in ihrem realen Ausmaß sichtbar zu machen?

Grundsätzlich muss deutlich werden, dass es LSBTI-feindliche Hasskriminalität gibt und auch das Ausmaß muss sich in entsprechend geeigneter und verwertbarer Dokumentation wiederfinden um darauf reagieren zu können. Gerade für den präventiven Bereich ist es notwendig entsprechende Ursachen zu kennen und bereits im Rahmen von Aufklärung und Sensibilisierung hier erfolgreich gegenzusteuern. Für Hasskriminalität darf grundsätzlich kein Raum bleiben, hier sind sicherlich sowohl spezielle als auch grundsätzliche präventive Maßnahmen weiter auszubauen.

6. Vielfalt im Familienland Bayern fördern

6.1. Was wollen Sie tun, um das Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang mit Regenbogenfamilien in bayerischen Institutionen der Familienplanung bzw. -hilfe (Jugendämter, Schulen, Kitas etc.) oder des Familienalltags zu fördern?

Immer mehr Kinder wachsen in Regenbogenfamilien auf. Ihre und die Bedürfnisse ihrer Eltern werden häufig ignoriert. In Verwaltung und im Alltag treffen sie oftmals auf Unsicherheit, Ignoranz oder auch Ablehnung. Hier gilt es entsprechende Sensibilisierungs-, bzw. Aufklärungsarbeit zu leisten. Immer mehr Kinder wachsen in Regenbogenfamilien auf. Ihre und die Bedürfnisse ihrer Eltern werden häufig ignoriert. In Verwaltung und im Alltag treffen sie oftmals auf Unsicherheit, Ignoranz oder auch Ablehnung. Hier gilt es entsprechende Sensibilisierungs-, bzw. Aufklärungsarbeit zu leisten. Entsprechende Fortbildungsangebote müssen bei den Trägern selbstverständlich sein.

6.2. Welche Schritte planen Sie, um dafür zu sorgen, dass die assistierte Reproduktion und weitere Leistungen der Fortpflanzungsmedizin allen Menschen unabhängig von Familienstand, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität offenstehen?

Wir FREIE WÄHLER plädieren grundsätzlich für eine bessere Förderung der assistierten Reproduktion, um den Leidensdruck von ungewollt kinderlosen Paaren zu minimieren.

6.3. Wollen Sie sich für die vollständige Gleichbehandlung von Regenbogenfamilien bei Entscheidungen über Pflegschaft und Adoption einsetzen? Wenn ja, wie wollen Sie ihr Ziel erreichen?

Nicht nur die Lebenssituation, sondern auch die Werte in unserer Gesellschaft haben sich in den letzten Jahrzehnten entscheidend verändert. Regenbogenfamilien sind heute Realität.

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts wurde ein erster Schritt zur Gleichbehandlung von Regenbogenfamilien getan. Zudem hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 19.02.2013 festgestellt, dass auch gleichgeschlechtliche Eltern in einer Lebenspartnerschaft mit den Kindern eine Familie gem. Art. 6 Abs. 1 GG bilden. An dieser höchst richterlichen Entscheidung werden wir uns auch weiterhin orientieren und ein Adoptionsrecht für homosexuelle Paare anerkennen. Im Mittelpunkt steht für uns FREIE WÄHLER bei jeder Adoption allerdings, egal ob von einem heterosexuellen oder einem homosexuellen Paar, dass das Wohl des Kindes gewährleistet ist.

7. Diskriminierungsschutz in der Landesverfassung stärken

7.1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bayerische Landesverfassung um einen neuen Artikel 118b erweitert wird, der die Diskriminierung aufgrund der sexuellen und geschlechtlichen Identität untersagt und die Rechte von LSBTI stärkt?

Auf Bundesebene gibt es bereits Bestrebungen, den Schutz von Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG auf Diskriminierungen wegen der sexuellen und geschlechtlichen Identität zu erweitern. Als FREIE WÄHLER werden wir die dort angestoßene Diskussion genau beobachten. Sollte es zu einer entsprechenden Änderung des Grundgesetzes kommen, halten wir als FREIE WÄHLER es für nicht ausgeschlossen, zu prüfen, ob auch eine entsprechende Änderung der Bayerischen Verfassung in Betracht zu ziehen ist. Letztlich kann allerdings nur der Volksgesetzgeber die Bayerische Verfassung ändern.

8. Beratungs- und Unterstützungsstrukturen langfristig absichern

8.1. Wollen Sie dafür sorgen, dass LSBTI-Beratungs- und Unterstützungsprojekte in Bayern und besonders im ländlichen Raum über Landesmittel langfristig finanziert werden?

Während in den städtischen Regionen dementsprechende Beratungsangebote vorhanden und gut erreichbar sind, sind diese im ländlichen Raum oft eher Mangelware. Hier gilt es, neben einem angemessen und bedarfsgerechten Ausbau derartiger Strukturen, auch die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, um gerade in ländlicheren Regionen auf die Angebote der vorhandenen Beratungseinrichtungen aufmerksam zu machen. Ziel muss sein, dass die Nachfrage nach dementsprechenden Beratungen und Informationen gedeckt wird.

9. Geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen

9.1. Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass LSBTI Zugang zu einer geschlechter- und diversitätsgerechten Gesundheitsversorgung haben, die sich an ihren Bedürfnissen orientiert?

Wir FREIE WÄHLER halten Respekt und Toleranz für wichtige Werte in unserer Gesellschaft und setzen uns dafür ein, dass diese sich auch im Gesundheitssystem widerspiegeln sollten. Das jetzige Gesundheitssystem ist nicht mehr reformierbar. Die Vielzahl an Versuchen der vergangenen Jahrzehnte hat dies aussagekräftig belegt. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hat deshalb ein eigenes Konzept erstellt, die „Soziale Gesundheitsversicherung“. Dieses sieht neben einer angemessenen Grundversorgung die individuelle Wahl von Zusatzpaketen vor. Auf diesem Weg ist sichergestellt, dass jeder seine Krankenversicherung seinen Wünschen und Bedürfnissen entsprechend zusammenstellen kann.

9.2. Wollen Sie dafür sorgen, dass der Bereich „Kultursensibler Umgang mit LSBTI Klient*innen in Versorgung und Pflege“ in die Aus- und Weiterbildung von Mediziner*innen und Mitarbeitenden aus Pflege- und Gesundheitsbereichen integriert wird? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Vorhaben umsetzen?

Die Aus- und Weiterbildung von Ärzten fällt in die Zuständigkeit der Bayerischen Ärztekammer, die diese Aufgabe als Organ der Selbstverwaltung übernimmt. Insofern fehlt einer Fraktion im Bayerischen Landtag hier die erforderliche Möglichkeit der Einflussnahme.

10. Regenbogenkompetenz in Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften erhöhen

10.1. Was planen Sie, um den Dialog zwischen Religions-/Weltanschauungsgemeinschaften, Zivilgesellschaft und LSBTI zu befördern, um gemeinsam für Akzeptanz einzutreten?

Wir FREIE WÄHLER halten es für zielführend, vermehrt Kontaktmöglichkeiten durch Veranstaltungen und Vorträge zu schaffen, die Vorurteilen in der Zivilgesellschaft den Boden entziehen. Die Vielfalt an Lebens- und Bindungsformen muss in unserer Gesellschaft zu Normalität werden. Dies haben auch viele Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften anerkannt. So gibt es mittlerweile Angebote der Kirchen, die auf den Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung sowie auf eine gleichberechtigte Teilhabe von LGBTQs innerhalb der Religionsgemeinschaften abzielen. Diese Entwicklung gilt es weiter zu befördern, wobei wir der Ansicht sind, dass ein solches Engagement nicht politisch erzwungen werden kann, sondern vielmehr aus der Gemeinschaft heraus erwachsen sollte, um nachhaltig zu wirken.

11. Für Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten in der Bundespolitik eintreten

11.1. Wollen Sie sich in der neuen Legislatur dafür einsetzen, dass Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes um die Merkmale der sexuellen und geschlechtlichen Identität ergänzt wird?

Die Urteile des Bundesverfassungsgerichts zur Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften zeigen aus unserer Sicht, dass diese Ergänzung nicht notwendig ist.

11.2. Unterstützen Sie auf Bundesebene eine umfassende Reformierung des Transsexuellengesetzes (TSG), um die Hürden auf dem Weg zur Vornamens- und Personenstandsänderung zu beseitigen?

Nachdem das Bundesverfassungsgericht bereits in sechs Entscheidungen mehrere Vorschriften des Transsexuellengesetzes für verfassungswidrig erklärt hat, erscheint eine Reform des Transsexuellengesetzes mehr als überfällig. Aus Sicht der FREIEN WÄHLER sind die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts schnellstmöglich umzusetzen. Wir begrüßen daher, dass der Bundesrat hierzu einen ersten Schritt unternommen und die Entschließung der Länder Rheinland-Pfalz, Berlin, Bremen, Thüringen und Brandenburg zur Aufhebung des Transsexuellengesetzes sowie zur Erarbeitung eines Gesetzes zur Anerkennung der Geschlechtsidentität und zum Schutz der Selbstbestimmung bei der Geschlechterzuordnung angenommen hat.

11.3. Werden Sie sich für eine schnelle Umsetzung des BVerfG Beschlusses zur Reformierung des Personenstands einsetzen und auch auf Landesebene Handlungsfelder identifizieren, um erste Schritte auf den Weg bringen?

Das Bundesverfassungsgericht selbst hat in seinem Beschluss (1 BvR 2019/16) dem Bundesgesetzgeber bereits eine zeitliche Vorgabe gesetzt. Danach ist der Bundesgesetzgeber verpflichtet, bis zum 31. Dezember 2018 eine verfassungsgemäße Neuregelung zu schaffen. Als FREIE WÄHLER gehen wir davon aus, dass der Bundesgesetzgeber diesen Entschluss unseres obersten Gerichtes beachten und bis zum Ende dieses Jahres eine entsprechende Regelung schaffen wird. Unabhängig hiervon gilt es natürlich auch die entsprechenden Landesgesetze auf etwaigen Änderungsbedarf zu überprüfen.

12. Bayern setzt sich international für die Menschenrechte von LSBTI ein

12.1. Beabsichtigen Sie das Thema Menschenrechte von LSBTI auch in der Bayerischen Staatsregierung zu etablieren und in den internationalen Beziehungen sowie in der Entwicklungszusammenarbeit des Landes mitzudenken? Welche Ideen haben Sie hierzu?

Es liegt auf der Hand, dass auch Bayern im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit die Rechte der LSBTI-Community im Ausland thematisieren muss, so fliehen tausende von Menschen aufgrund ihrer Sexualität aus ihrer Heimat nach Deutschland und Bayern. In im Umgang mit den einschlägig bekannten Staaten muss daher ein Augenmerk auf dieses Thema gerichtet werden.

--

Mit freundlichen Grüßen

Michael Fischl

FREIE WÄHLER Bayern Landesgeschäftsstelle
Giesinger Bahnhofplatz 9
81539 München
Tel. 0 89 - 52 03 21 61
Fax 0 89 - 52 03 21 62
michael.fischl@fw-bayern.de
gstelle@freie-waehler.de
www.fw-bayern.de